

## **Fachgespräch**

**„Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen in der russischen Gesellschaft“  
Deutsch-Russisches Haus, Moskau,  
Donnerstag, 27. September 2007**

### ***Grußwort des Aussiedlerbeauftragten Dr. Christoph Bergner***

Seit Beginn meiner Amtszeit als Aussiedlerbeauftragter war es immer mein Bedürfnis, in einem solchen Forum die Dachverbände der Russlanddeutschen einmal an einem Tisch zu haben und mit ihnen gemeinsam zu diskutieren. Ich hoffe, dass wir heute eine fruchtbare und zielführende Diskussion haben werden. Ich soll die Diskussion dadurch eröffnen, dass ich über die Politik der deutschen Bundesregierung für die deutschen Minderheiten berichte und das Anliegen der Russlanddeutschen gewissermaßen in den großen Rahmen der Politik für die deutschen Minderheiten hineinsetze und Vergleiche ermögliche. [...]

Nun zur Politik für die deutschen Minderheiten der Bundesrepublik Deutschland. Ich verlese ein Zitat aus der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung unter Angela Merkel: „Wir bekennen uns auch weiterhin zu der Verantwortung sowohl für diejenigen Menschen, die als Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben und in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen als auch für jene, die nach Deutschland aussiedeln. Dies gilt insbesondere für die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei denen das Kriegsfolgenschicksal am längsten nachwirkt.“

Mit diesem Zitat wird die Perspektive der deutschen Bundesregierung unterstrichen, dass es nicht um deutsche Minderheiten schlechthin geht, sondern dass es um die Aufarbeitung der Folgen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges geht. Und die Aufarbeitung hat in der deutschen Politik zwei Komponenten. Zum einen die Komponente der Aussöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus, der Hitlerschen Aggressionskriege und des Zweiten Weltkrieges.

Zum zweiten aber auch die Solidarität unter den Deutschen, die von den Folgen des Zweiten Weltkrieges sehr unterschiedlich betroffen waren. Und da spielen die deutschen Minderheiten in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine besondere Rolle. Ich muss Ihnen über das Schicksal dieser Volksgruppen nichts sagen, Sie wissen es aus Ihren eigenen Erfahrungen und Ihren eigenen Analysen. Ich versuche bei den Diskussionen in Deutschland das Verständnis für die Solidarität mit den Russlanddeutschen mit den Sätzen zu unterstreichen: Keiner der russlanddeutschen Familien hatte Hitler gewählt, aber sie wurden für Hitlers Untaten verantwortlich gemacht.

Und dies ist der Punkt, weshalb wir als Bundesrepublik Deutschland uns in einer besonderen Verantwortung fühlen, den deutschen Minderheiten, die so vom Kriegsfolgenschicksal betroffen sind, in Solidarität zu helfen. Das ist der Grund, weshalb die Möglichkeit gegeben wurde, als Aussiedler nach Deutschland zu kommen. Es sind insgesamt 4,5 Millionen Aussiedler nach Deutschland gekommen, davon 2,3 Millionen Russlanddeutsche. Aber wir können feststellen, dass der Zustrom in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen ist.

Wir sehen in dieser Entwicklung einen Ausdruck der Konsolidierung und der positiven Perspektiven, die sich in den Herkunftsstaaten Russische Föderation und Kasachstan insbesondere zeigen. Wir sehen aber in diesen zurückgehenden Aussiedlerzahlen auch einen Erfolg der Hilfenpolitik der Bundesregierung zugunsten der deutschen Minderheiten.

Und damit bin ich bei dem entscheidenden Punkt, das ist die Hilfenpolitik. Wie war sie in der Vergangenheit, wie soll sie weitergehen? Zunächst einmal: Die Bundesrepublik Deutschland hat für alle deutschen Minderheiten die vom Kriegsfolgenschicksal betroffen sind, insgesamt über die Hilfenpolitik in den Jahren seit 1990 über 900 Millionen Euro an Hilfsleistungen ein-

gesetzt. Davon spielen die Hilfsleistungen für die Russische Föderation mit 470 Millionen Euro den größten Anteil – hier ist auch die größte Gruppe der deutschen Minderheit.

Nachfolgend – und das ist auch die zweitgrößte Gruppe - mit 130 Millionen für die deutsche Minderheit in Polen. Und dann kommt mit 91 Millionen Rumänien und die anderen Staaten, die ich Ihnen im Einzelnen auch darlegen kann, wenn es für die Diskussion wichtig ist. Die Ziele der Hilfenpolitik waren natürlich auf die Überwindung des Kriegsfolgenschicksals ausgerichtet. Sie waren und sind materiell und immateriell gewesen. Materiell in Gestalt von Investitionshilfen, von Zuschüssen für Infrastrukturvorhaben in Siedlungsgebieten der Russlanddeutschen und der deutschen Minderheiten in anderen Ländern. Und immateriell in Begegnungsförderung, in Kulturförderung, in Sprachförderung.

Ziel dieser Hilfenpolitik ist: Überwindung des Kriegsfolgenschicksals durch Wiederentstehung einer stabilen deutschen Minderheit, die integraler Bestandteil des Staates ist, in dem sie lebt, und der Gesellschaft, in der sie lebt; einer deutschen Minderheit, die eigenverantwortlich ihre Geschicke in die Hand nimmt und aktiv und verantwortungsbewusst an der Gesellschaft ihres Landes mitwirkt. Dies ist das Ziel der Hilfenpolitik, eine solche deutsche Minderheit entstehen zu lassen oder mitzuhelfen, dass sich eine solche deutsche Minderheit in den Ländern entwickeln kann.

Für die Bundesregierung ist es außerordentlich wichtig gewesen, dass die Hilfenpolitik immer in Übereinstimmung mit den Titularnationen erfolgte, das heißt mit den Regierungen der jeweiligen Länder, in dem Fall mit der Regierung der Russischen Föderation, mit der Regierung des kasachischen Staates, der osteuropäischen Staaten, dass wir also immer eine Übereinkunft haben. Und gerade mit Blick auf die Zusammenarbeit mit dem russischen Staat und mit der russischen Regierung können wir mit Blick auf die zurückliegenden Jahre, denke ich, eine sehr positive Bilanz ziehen. [...]

Und deshalb will ich auch gar keine Ratschläge geben, ich will nur sagen: Für uns ist die Situation so, wir wollen fördern, wir haben die Hilfenpolitik, und die GTZ arbeitet nun mit denen zusammen, bei denen sie entsprechende Aktivitäten im Sinne der Hilfenpolitik findet. Das ist die Lage, und auf dieser Basis entwickelt sich im Moment die Zusammenarbeit. Aber ich denke, wenn wir über die Zukunft der Entwicklung der Russlanddeutschen nachdenken, wird man der Frage nicht ganz ausweichen können: Wie kann man gewissermaßen im Sinne einer Dachorganisation zu einer Zusammenarbeit finden?

Ich sage noch einmal: Von deutscher Seite keine Einmischung. Nur soviel: Es genügt natürlich nicht festzustellen, wir sind die Repräsentanten. Dies kann man aufgrund unterschiedlicher Argumente immer für eine Organisation behaupten. Entscheidend aus der Sicht, aus der wir die Sache beurteilen können, ist, wieweit es gelingt, wirklich alle Kräfte, alle Russlanddeutschen Organisationen möglichst zu repräsentieren und einzubinden – bei allen Unterschieden regionaler Vielfalt und allem, was es sonst noch geben mag. Aber entscheidend ist die Frage, wie es gelingt, sie einzubinden und sie gemeinsam dann auch zu repräsentieren und gemeinsam als Organisation in der Gesellschaft aufzutreten.

Ich bin, wenn ich die Entwicklung meiner Amtszeit seit Anfang 2006 sehe, insgesamt von dem Anliegen der Hilfenpolitik sehr überzeugt. Ich denke, es ist richtig, weil es eine Politik ist, die zusammen mit den Titularnationen versucht, aus Tragödien des Zweiten Weltkrieges Strukturen für friedliches Miteinander, für Partnerschaften und gemeinsame Zukunft zu gestalten. Und aus diesem Grunde bin ich, bei allen Problemen, die wir gemeinsam haben, hoch motiviert, dass wir diese Politik fortsetzen, und ich hoffe in dem Zusammenhang auch auf eine gute Zusammenarbeit. Vielen Dank.